

## Aufbauschwerpunkt Steuerrecht

### Exekutive Summary

Die Relevanz des Aufbauschwerpunktes „Steuerrecht“ ergibt sich zum einen aus der massiven Ausweitung des Forschungsgegenstandes auf Grund einer permanenten budgetbedingten Steuerreform sowie einer voranschreitenden Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union und zum anderen aus einem massiven Bedarf der Wirtschaft an Absolventen im Fach Steuerrecht.

Zur heute bereits bestehenden Qualität der Forschung ist anzuführen, dass das Fach sowohl an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät wie auch an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät betreut wird und sich in den letzten Jahren im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Instituten ein österreichweit beachteter gemeinsamer Forschungsschwerpunkt im Umsatzsteuerrecht und in der Unternehmensbesteuerung herausgebildet hat. Daneben werden an den Abteilungen weitere Forschungsfelder bearbeitet, so zB zum Europäischen Steuerrecht und Steuerplanung, zur Investmentfondbesteuerung, zur Besteuerung von Non-Profit-Organisationen und zum Abgabenverfahrensrecht.

Das Entwicklungskonzept sieht die Intensivierung der bestehenden Schwerpunkte Europäisches Steuerrecht, Umsatzsteuerrecht, Unternehmensbesteuerung und Besteuerung von Non-Profit-Organisationen vor sowie einen Aufbau neuer Arbeitsfelder in den Bereichen Steuerpolitik, Steuerplanung, Besteuerung von Kapitalmarktinstrumenten und dem Verfahrensrecht. Als mögliche weitere Arbeitsfelder werden das Verbrauchssteuerrecht und das Zollrecht erkannt.

Der Aufbau im Bereich der Forschung liefert einen wesentlichen Input für die hohe Nachfrage im Bereich der Weiterbildung. Zudem sollte auch die Lehre weiter intensiviert werden und das Fach im juristischen Grundstudium mit vier (statt bisher 2) Semesterwochenstunden verankert werden.

Der Standort Linz weist im österreichischen Vergleich bereits heute durch die Arbeitsfelder Besteuerung von Non-Profit-Organisationen und Steuerpolitik eine Profilbildung durch Alleinstellung auf. Eine Konkurrenz zu lediglich einem Standort (Graz) liegt im Bereich der Umsatzbesteuerung vor, wobei der Schwerpunkt der Linzer Forschungen in einer praxisorientierten anwendungsbezogene Aufarbeitung des Umsatzsteuerrechts liegt. Eine gewisse Parallelität bzw. Konkurrenzsituation mag zu

anderen Standorten im Bereich der Unternehmensbesteuerung bestehen, doch ist darauf hinzuweisen, dass für den österreichischen und im Besonderen oberösterreichischen Markt auf die Entwicklung eines solchen Schwerpunktes nicht verzichtet werden kann und sich eine deutliche Profilierung dieses Schwerpunktes in Linz einerseits durch interdisziplinäre unternehmensrechtliche Analysen und die Einbeziehung der Steuerpolitik und der Entwicklung von Reformvorschlägen ergeben wird.

Bei der Festlegung des Bedarfs wurde auf den Umstand Bedacht genommen, dass eine gemeinsame Nutzung von personellen Ressourcen durch die betroffenen Abteilungen über die beiden Fakultäten hinweg erfolgen soll. Der nachstehende angegebene Finanzierungsbedarf ist somit als absoluter Mindestbedarf zu qualifizieren.

Kurzfristiger Bedarf an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät

- ein Universitätsprofessor für Unternehmensbesteuerung und Steuerpolitik
- vier Universitätsassistenten
- eine Sekretariatskraft

Mittelfristiger Bedarf an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät

- ein weiterer Universitätsprofessor für Europäisches Steuerrecht (Schwerpunkt indirekte Steuern und Zollrecht)
- zwei weitere Universitätsassistenten
- eine Sekretariatskraft

An der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ergibt sich kurzfristig folgender Bedarf, um die Entwicklung des Aufbauswerpunktes zu unterstützen.

- zwei Universitätsassistenten

Daneben ist eine entsprechende räumliche Ausstattung und die Zuweisung entsprechender Bibliotheksmittel sowie moderne EDV-Ausstattung und Zugang zu internationalen Datenbanken erforderlich.

**Aufbauschwerpunkt Steuerrecht**  
**Detailausarbeitung**

- A. Relevanz des Forschungsgebietes
- B. Ist-Zustand der Forschung (Qualität der bisherigen Forschungsleistungen)
- C. Externe Wertschätzung
- D. Entwicklungsplan
- E. Input für Lehre und/oder Weiterbildung
- F. Standortfrage im österreichischen Vergleich
- G. Finanzierungsbedarf

**A. Relevanz des Forschungsgebietes**

Das Steuerrecht gehört in Österreich an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten zu einer noch sehr jungen Forschungsdisziplin. Der erste Lehrstuhl wurde 1969 in Wien (Professor Stoll) errichtet. Danach wurden Lehrstühle in Graz (Professor Ruppe), an der Wirtschaftsuniversität Wien (Professor Gassner) und Innsbruck (Professor Doralt) eingerichtet. Der Ausbau des modernen Steuerstaates in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts erzeugte auch tatsächlich einen massiven Bedarf an der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Steuerrechts. Gegen Ende der neunziger Jahre wurde auch der entsprechende Bedarf in der Lehre erkannt und in den rechtswissenschaftlichen Studienplänen Steuerrecht als Pflichtfach vorgesehen, da gerade im Bereich der steuerlichen Beratung eine erhebliche Nachfrage an Absolventinnen und Absolventen mit fundierten Kenntnissen des Steuerrechts besteht. In Linz wurde an der rechtswissenschaftlichen Fakultät eine Professur für Steuerrecht 1996 (Prof. Achatz) eingerichtet und in der Folge auch im Studienplan Steuerrecht als Pflichtfach im Ausmaß von zwei Semesterwochenstunden und als Wahlfach in den

Studienschwerpunkten im Ausmaß von insgesamt 17 Semesterwochenstunden vorgesehen.

An sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten wurde demgegenüber seit jeher steuerrechtliches Basiswissen vermittelt, wobei der Schwerpunkt der Forschung und Lehre ursprünglich in der Steuerlehre zu sehen war. Im Vordergrund stand dabei die Ermittlung und Optimierung steuerlicher Belastungen von Unternehmensentscheidungen. Allerdings hat sich der Betrachtungsgegenstand zunehmend weg von der quantitativen Analyse hin zu den rechtlichen Strukturen gewendet, was auch verständlich ist, wenn man bedenkt, dass Steuerfolgen und deren Optimierung nur bei genauer Kenntnis des Steuerrechts selbst beurteilt werden können. Insbesondere an der Wirtschaftsuniversität Wien hat sich daher bereits in den siebziger Jahren eine Steuerrechtsschule entwickelt, die sich insbesondere den Fragen des internationalen Steuerrechts zugewendet hat (Professor Gassner, Professor Lang). In Linz konnte durch die Nachbesetzung des Lehrstuhls von Professor Vodrazka mit Herrn Professor Tumpel ein ausgewiesener Steuerrechtler gewonnen werden, der gerade die betriebswirtschaftlichen Forschungen auf fundierte juristische Analysen stützt.

Der enorme Aufschwung der Scientific Community im Bereich des Steuerrechts kann insbesondere auch daran ermessen werden, dass der seit mittlerweile zwölf Jahren abgehaltene österreichische Steuerrechtstag, an dem die österreichischen Steuerrechtsprofessoren und Assistenten der einzelnen österreichischen Standorte teilnehmen mit mittlerweile achtzig Teilnehmern jährlich rechnen kann, was insbesondere auch der massiven Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den einzelnen Instituten zu verdanken ist.

Die Relevanz des Forschungsgebiets kann aber nicht nur am dynamischen Aufschwung der Forschung und Lehre an den einzelnen Standorten ersehen werden, sondern ergibt sich geradezu aus den in der Zukunft gelegenen Anforderungen: Die Europäisierung und Internationalisierung der Wirtschaft fordert die Staaten zunehmend, die traditionellen überkommenen Steuerrechtsordnungen neu auszurichten, um innerhalb eines vorgegebenen zulässigen Rahmens möglichst attraktive Standortbedingungen für Unternehmungen und Wirtschaftsteilnehmer zu schaffen. Auf der anderen Seite ist der Einnahmenbedarf der Staaten ungeachtet eines neuen Aufgabenverständnisses ungebrochen hoch. Mehr denn je gilt es daher angesichts extrem hoher Abgabenquoten Steuersysteme in ihrer verteilungspolitischen Wirkung zu optimieren. Diese Anforderungen bedingen auch, dass der Gesetzgeber seit Beginn der neunziger Jahre in rascher Abfolge oft auch mehrmals jährlich

umfangreiche Budgetbegleitgesetze und Strukturanpassungsgesetze mit erheblicher steuerlicher Regelungsdichte verabschiedet hat. Zugleich entsteht hierdurch beim Steuerpflichtigen massiv der Bedarf an kompetenter Beratung und damit auch die Nachfrage nach Absolventen, die im Steuerrecht hinreichend qualifiziert sind.

Zusätzliche Relevanz erhält die Forschung auf dem Gebiet des Steuerrecht durch die Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union. Die Angleichung der Steuerrechtsordnung ermöglicht trotz bestehender Heterogenität der Steuerrechtsordnungen der Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um eine einheitliche europäische Auslegung und Anwendung der Steuergesetze zu finden.

Ein Entwicklungsplan für das Fach Steuerrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (vgl dazu D) wird angesichts der an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vorhandenen Kompetenz in diesem Fachbereich und die bereits heute bestehende Zusammenarbeit auch die Ressourcen beider Fakultäten zu berücksichtigen haben.

## **B. Ist Zustand der Forschung auf diesem Gebiet in Linz**

An der Universität Linz wird das Fach Steuerrecht an der rechtswissenschaftlichen Fakultät am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Abteilung Finanz- und Steuerrecht (Professor Achatz) und an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am Institut für Revisions- und Treuhandwesen, Abteilung für betriebswirtschaftliche Steuerlehre (Professor Tumpel) in Forschung und Lehre betreut. Seit der Berufung von Professor Tumpel im Jahr 2000 besteht eine enge Kooperation zwischen den beiden Instituten, die sich in zahlreichen gemeinsamen Forschungsprojekten und Weiterbildungsveranstaltungen niederschlägt.

### **1. Gemeinsame Forschungsschwerpunkte und Aktivitäten**

#### **a) Umsatzsteuer**

Ein gemeinsamer Forschungsschwerpunkt besteht im Bereich der Umsatzsteuer, der österreichweit Anerkennung genießt. Die Umsatzsteuer ist die in Europa am weitestgehendsten harmonisierte Steuer und hat sich in den letzten Jahrzehnten von einer einfachen Buchhaltungssteuer zu einer extrem gestaltungsorientierten komplexen Abgabe entwickelt. Demgemäß ist die Bearbeitung des Umsatzsteuerrechts und hier im Besonderen der Aspekte des europäischen Umsatzsteuerrechts

(Binnenmarkthandel, Rechtsprechung des EuGH) unabdingbar und von hohem wissenschaftlichem Wert. Zu den Fragen des Umsatzsteuerrechts wurden seit 1995 praktikerorientierte Symposien zu jeweils aktuellen Fragen des Umsatzsteuerrechts abgehalten, die auch regelmäßig in Sammelbänden publiziert wurden.

Tagung 1995 zu den Praxisfragen zum UStG 1994, veröffentlicht im gleichnamigen Sammelband im Verlag Orac 1995, herausgegeben von Professor Achatz.

Tagung 1996 zu den Praxisfragen zum Binnenmarkt, herausgegeben im Orac Verlag 1997 von Professor Achatz

Tagung 1997 zur Umsatzsteuer in der Insolvenz, herausgegeben im Verlag Orac 1998 von Professor Achatz.

Tagung 1998 zur Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand und Tagung 1999 zur Umsatzbesteuerung gemeinnütziger Vereinigungen, veröffentlicht im Sammelband „Die Besteuerung der Non-Profit Organisationen“ im Jahr 2000 im Linde Verlag, herausgegeben von Professor Achatz.

Tagung 2000 zur EuGH Rechtsprechung und Umsatzsteuerpraxis, erschienen im gleichnamigen Sammelband im Jahr 2001, herausgegeben von Professor Achatz und Professor Tumpel.

Tagung 2001 zur Umsatzsteuer im elektronischen Zeitalter, erschienen im gleichnamigen Sammelband im Linde Verlag im Jahr 2002, herausgegeben von Professor Achatz und Professor Tumpel.

Tagung 2002 zur Umsatzsteuer im Konzern (zurzeit im Linde Verlag in Druck).

Tagung 2003 zur Umsatzsteuerplanung in Vorbereitung

## b) Unternehmensbesteuerung

Ein neuer gemeinsamer Arbeitsschwerpunkt bildet sich in jüngster Zeit im Bereich der Unternehmensbesteuerung. Dieser nimmt seinen Ausgang in verschiedenen bislang an den Abteilungen getrennt durchgeführten Arbeiten. So wurden bislang an der Abteilung für Steuerrecht (Prof. Achatz) verschiedene Fragestellungen im Zuge interdisziplinärer unternehmensrechtlicher Projekte bearbeitet (vgl dazu unten 2b und die Darstellung zum Exzellenzschwerpunkt Unternehmensrecht). An der Abteilung für

betriebswirtschaftliche Steuerlehre (Prof. Tumpel) wurden Fragen des Unternehmenssteuerrechts beispielsweise im Rahmen des Projekts Europäisches Steuerrecht und Steuerplanung, sowie des Projekts Stockoption Modelle bearbeitet.

Ein Kristallisationspunkt für diesen neuen gemeinsamen Schwerpunkt ergibt sich durch die seit dem SS 2003 eingerichtete Gastprofessur für Prof. Quantschnigg. Zusammen mit Prof. Quantschnigg wird an einem Forschungsprojekt zur Vorbereitung der ab 2005 geplanten Einführung der Gruppenbesteuerung gearbeitet. Damit sollen wesentliche Grundlagen für die gesetzliche Neuregelung der Konzernbesteuerung vorbereitet werden. Den Auftakt wird ein Symposium am 3.7.2003 bilden.

Daneben ist beabsichtigt im Frühjahr 2004 eine gemeinsame Tagung zu Internationalen Umgründungen abzuhalten mit der im Zusammenhang stehend im Herbst 2004 ein Sammelband der Referenten der Tagung erscheinen soll.

#### c) Veranstaltungsreihe Steuerrechtswissenschaft und Steuerrechtspraxis

Die Kooperation zwischen den beiden Fachbereichen an der Universität Linz zeigt sich zudem in einer Reihe von Veranstaltungen die für interessierte Praktiker unter dem Motto „Steuerwissenschaft und Steuerpraxis“ in Linz jeweils zu aktuellen Fragen des Steuerrechts abgehalten worden sind.

### **Veranstaltungen**

- 2.11.2000    Zukunft der Unternehmensbesteuerung  
Referenten: Sektionschef Dr. Nolz (BMF)  
Mag. Clemens Nowotny, Leitner & Leitner
- 30.1.2001    Kapitalertragsteuer  
Referenten: Univ.-Doz. Dr. Peter Quantschnigg, BMF  
Hofrat Mag. Dorner, FLD OÖ  
Dr. Helmut Motitz, Leitner & Leitner
- 20.3.2001    Privatstiftungen  
Referenten: Univ.-Prof.DDr. Eduard Lechner, Universität Wien  
Dr. Elisabeth König, FLD Wien  
Mag. Daniela Gruber, KPMG

- 27.6.2001 Gesellschaftsteuer  
Referenten: Univ.-Doz. Dr. Nikolaus Zorn, Richter des VwGH  
Reg.Rat. Renate Pfändtner, FA Linz  
MMag. Ernst Marschner, KPMG
- 11.12.2001 Schuldzinsenabzug  
Referenten: Univ.-Ass.Mag. Georg Kofler, Universität Linz  
Mag. Bernhard Renner, FLD OÖ  
Univ.-Prof.Dr. Michael Lang, Wirtschaftsuniversität Wien
- 29.1.2001 Auslandsverluste  
Referenten: Mag. Dietmar Aigner, Leitner & Leitner  
MMag. Dr. Verena Trenkwalder, KPMG  
Univ.Doiz. GL Dr. Peter Quantschnigg BMF
- 13.5.2002 Ausgewählte Fragen zur steuerlichen Behandlung von Investmentfonds  
Referenten: Mag. Gernot Aigner, Universität Linz  
RA Dr. Michael Sedlacek, Wien  
Mag. Johann Adametz, Oberrat im BMF
- 27.6.2002 Nationales und Europäisches Außensteuerrecht  
Referenten: Mag. Roland Fugger, Leitner & Leitner  
MR Dr. Helmut Loukota, BMF  
Prof. Dr. Franz Wassermeyer, Richter des BFH
- 25.11.2002 Der unabhängige Finanzsenat  
Referenten: Mag. Helga Rathgeber, Universität Linz  
Mag. Hans Hartl, FLD OÖ  
Hofrat Dr. Karl-Werner Fellner, Richter des VwGH
- 29.1.2003 Arbeitnehmer im internationalen Steuer- und Sozialversicherungsrecht  
Referenten: Mag. Florian Rosenberger, KPMG  
Mag. Dr. Stefan Bendlinger, ICON  
Mag. Franz Dobsberger, OÖGKK
- 26.3.2003 Besteuerung von Kapitalanlagen  
Referenten: Univ.Ass.Mag. Christian Stangl, Universität Wien  
Univ.Ass.MMag.Dr. Johannes Heinrich, Universität Graz  
Univ.Prof.Dr. Michael Tumpel, Universität Linz

Darüber hinaus wird – außerhalb der Kooperation – eine Vielzahl an den Instituten eigenständiger Forschungsbereiche betreut (vgl Punkt 2 und 3).

## **2. Forschungsbereiche der Abteilung Finanz- und Steuerrecht (Prof. Achatz)**

a) Im Rahmen eines schon traditionellen Forschungsschwerpunktes werden Fragen der **Besteuerung von Non-Profit Organisationen** betreut. Analysiert wird die Besteuerung der Körperschaften öffentlichen Rechts wie auch jene der gemeinnützigen Institutionen. Der Bedarf an Forschungsleistungen ergibt sich in diesem Bereich insbesondere aus dem Umstand, dass Körperschaften öffentlichen Rechts und gemeinnützige Institutionen (Non-Profit Organisationen) angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel verstärkt unternehmerisch tätig werden und gerade für diese Rechtsträger ein spezifisches Sondersteuerrecht besteht, das im Spannungsfeld zwischen einer Wettbewerbsneutralität zu privaten Wirtschaftsteilnehmern und der spezifischen Sonderstellung dieser Körperschaften steht. Die Forschungsleistungen in diesem Bereich haben bislang neben zahlreichen Vorträgen, Seminaren und Aufsätzen in folgenden zentralen Publikationen ihren Niederschlag gefunden:

Körperschaften öffentlichen Rechts und ihre Privatisierung im Steuerrecht, 1. Auflage 1995, 2. Auflage 2001, jeweils gemeinsam mit Roman Leitner (Monographie)

Ferner wurden bislang drei Sammelbände publiziert, in denen die Referate des seit dem Jahr 2000 in Linz jährlich abgehaltenen NPO-Stuertags veröffentlicht worden sind:

Im Jahr 2000 der Sammelband „Besteuerung der Non-Profit Organisationen“, herausgegeben von Professor Achatz (mittlerweile ist eine 2. Auflage in Vorbereitung).

Im Jahr 2001 „Die Besteuerung der Non-Profit Organisationen II“ herausgegeben von Professor Achatz und

im Jahr 2002 „Die Besteuerung der Non-Profit Organisationen III“ herausgegeben wiederum von Professor Achatz.

Besonders intensiv wird im Rahmen dieses Forschungsschwerpunktes auch die **Besteuerung der Gemeinden** bearbeitet. Seit dem Jahr 2000 wird von der Abteilung an der Universität Linz regelmäßig der sogenannte Gemeindefinanztag in Kooperation mit dem oberösterreichischen Gemeindebund ausgerichtet. Die intensive Beschäftigung mit Fragen der Gemeindebesteuerung aber auch der bestehende Bedarf Seitens der (über 2000) Gemeinden in Österreich hat ferner zusammen mit dem österreichischen Gemeindebund und privaten Kooperationspartnern zur Schaffung der neuen Zeitschrift „Rechts- und Finanzierungsfragen der Gemeinden“ (Verlag Manz), deren erstes Heft im März dieses Jahres erschienen ist (Erscheinungsweise 4 Mal jährlich) geführt. Schriftleitung und Redaktion wird von Professor Achatz aus wissenschaftlicher Sicht, von Peter Pilz aus praxisbezogener Sicht geleitet. Ziel der Zeitschrift ist es, unter Beachtung wissenschaftlicher Standards Forschungsergebnisse in praxisgerechte Information zu transformieren.

#### b) Interdisziplinäre unternehmens(besteuerungs)rechtliche Arbeiten

Zusammen mit dem Institut für Arbeits- und Sozialrecht (Prof. Jabornegg) und dem Institut für Handels- und Wertpapierrecht (Prof. Karollus) wurden seit 1995 zahlreiche unternehmensrechtliche Forschungsprojekte durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten wurden regelmäßig publiziert. Hervorzuheben sind folgende im Manz-Verlag erschienenen Bände:

- Achatz/Jabornegg/Karollus, Eigenkapitalersatz im Gesellschaftssteuer- und Arbeitsrecht, Wien 1999.
- Achatz/Jabornegg/Resch, Mitarbeiterbeteiligung – Aktienoptionen, Wien 2002.

Ein weiteres Projekt bestand in der gesetzlichen Vorbereitung der Neuen Abfertigung im Rahmen einer Arbeitsgruppe im Wirtschaftsministerium. Dieses Projekt mündete in einen Kommentar zum Neuen Abfertigungsrecht (herausgegeben von Tomandl/Achatz/Mazal im NWV-Verlag 2003).

c) Ein weiterer Schwerpunkt ist dem **Abgabenverfahrensrecht** gewidmet. Seinen Ausgang hat dieser Schwerpunkt in der von Hon.Prof. Dr. Leitner ins Leben gerufenen und an der Universität Linz veranstalteten Finanzstrafrechtlichen Tagung genommen, die von ihm gemeinsam mit dem Institut für Strafrecht und dem Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre durchgeführt wird und mittlerweile sich zu einem Zentrum des finanzstrafrechtlichen wissenschaftlichen Diskurses in Österreich entwickelt hat. Im Rahmen des von der Abteilung betreuten Schwerpunkts

Abgabenverfahrensrecht sind insbesondere jene Schnittstellen, die dem Finanzstrafrecht vorgelagert auf die verfahrensmäßigen Ermittlung des Steueranspruchs gerichtet sind. Untersucht wurde ua der Offenlegungsgrundsatz, wesentliche Aspekte des Beweisverfahrens aber auch die Frage der Bindungswirkung des abgabenbehördlichen Verfahrens für das Strafverfahren. Darüber hinaus stellt sich zunehmend auch die Frage nach der Optimierung von Verfahrensinstrumenten, um Steuerbetrug an der Wurzel einzudämmen. Geht man davon aus, dass das materielle Steuerrecht heute dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und der Steuergerechtigkeit verpflichtet ist, gilt es, auch das Verfahren derart auszugestalten, dass die Möglichkeiten für den Steuerbetrug zurückgedrängt werden. Dieses Ziel wird dann nicht erreicht, wenn das Verfahrensrecht tendenziell die Ermittlung tatsächlich bestehender Steueransprüche nicht gewährleistet. In diesem Zusammenhang wurde jüngst die Leistungsfähigkeit des bestehenden Umsatzsteuer-Verfahrensrechts analysiert, um in weiterer Folge Anforderungen an ein ideales Verfahrensrecht zu formulieren.

d) Als weiterer Forschungsschwerpunkt an der Abteilung hat sich in den letzten Jahren das **Stiftungssteuerrecht** herausgebildet. Aufbauend auf Monographien zum Durchgriff bei der Privatstiftung sowie den Investmentfondserträgen bei Privatstiftungen (beide Dr. Kofler) wurden insbesondere Fragen zur Unternehmenszweckstiftung und der gemeinnützigen Stiftung im Rahmen zahlreicher Aufsätze und Vorträge analysiert.

### **3. Forschungsbereiche der Abteilung betriebswirtschaftliche Steuerlehre (Prof. Tumpel)**

Die Abteilung für betriebswirtschaftliche Steuerlehre wurde in Linz erst vor drei Jahren neu ausgerichtet. In den letzten drei Jahren befasste sich die Abteilung für betriebswirtschaftliche Steuerlehre eigenständig schwerpunktmäßig mit folgenden Projekten:

a) **Europäisches Steuerrecht und Steuerplanung:** Im europäischen Binnenmarkt tätige Unternehmen müssen über die Grenzen ihrer Mitgliedstaaten hinaus auch die steuerlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union beachten. Welche Konsequenzen das europäische Steuerrecht, insbesondere das Mehrwertsteuerrecht sowie die Grundfreiheiten des EG-Vertrages für die Besteuerung der europäischen Unternehmen hat, stellt dieser Forschungsschwerpunkt dar. Die Ergebnisse dieses Forschungsbereiches finden Niederschlag in zahlreichen Veröffentlichungen der Mitglieder der Abteilung in Zeitschriften, Sammelbänden und Monografien.

**b) Nationale und Internationale Umgründungen:** Eine Voraussetzung, um auf den Märkten konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden und im Wettbewerb zu bestehen und zu überleben, ist unter anderem die Anpassung der Unternehmen an die jeweilige optimale Rechtsform. Neben den außersteuerlichen Zielen sind vor allem steuerliche Motive für die Wahl der Rechtsform maßgebend. Die Suche nach Möglichkeiten der Optimierung der Steuerbelastung sowie die Analyse der Konsequenzen internationaler Umgründen sind Ziel der Untersuchungen. In diesem Zusammenhang wird derzeit von Mitarbeitern der Abteilung für betriebswirtschaftliche Steuerlehre als auch von Mitarbeitern des Abteilung für Finanz- und Steuerrecht ein Sammelband zu den gesellschaftsrechtlichen und steuerrechtlichen Folgen internationaler Umgründungen vorbereitet mit dessen Erscheinen 2004 zu rechnen ist.

**c) Internationales Steuerrecht und Steuerplanung:** In einer globalisierten Wirtschaft kommt dem internationalen Steuerrecht immer größere Bedeutung zu. Die Abteilung befasst sich mit vielfältigen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem internationalen Steuerrecht und der internationalen Steuerplanung (zB Berücksichtigung von Betriebsstättenverlusten; Konsequenzen eines Außensteuergesetzes). Die Ergebnisse der bisherigen Forschungsaktivitäten finden sich in zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften und Sammelwerken sowie in Monografien [Erbschaftssteuern und Doppelbesteuerungsabkommen](#), [Verlag Linde Wien 2002](#) (D. Aigner et al, Verlag Linde Wien 2002)

**d) Investmentfondsbesteuerung:** Die Beteiligung an Investmentfonds soll auch kleineren Anlegern Chancen eröffnen, die sie aufgrund ihres geringen Anlagevolumens allein ansonsten nicht haben. Die Komplexität der österreichischen Besteuerung von Investmentfonds verhindert allerdings die Transparenz und Wettbewerbsgleichheit bei Investmentfonds. Ein Forschungsprojekt widmet sich der Frage, ob und wie Vereinfachungen der Investmentfondsbesteuerung bewerkstelligt werden könnten. Die Ergebnisse dieser Forschungen finden sich in zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften und Sammelwerken sowie in Monografien zu Kapitalanlagefonds im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen (D. Aigner, [Verlag Linde Wien 2001](#)) und einem [Investmentfonds – Praxishandbuch](#), (D.Aigner, Verlag Manz 2002).

**e) Stock Option Modelle:** Als Stock Options werden Aktienoptionen für Führungskräfte in Unternehmen bezeichnet, die ein Instrument der wertorientierten Entlohnung darstellen. Beim Einsatz von Stock Options erhalten die Begünstigten das Recht, innerhalb eines bestimmten Zeitpunktes durch einseitige Willenserklärung

gegenüber dem Optionsverpflichteten Aktien des Unternehmens bzw dessen Mutterunternehmens zu beziehen. Stock-Option-Modelle sollen die Mitarbeiter zu vollem Einsatz bewegen, da sie durch die Option auf Aktien an künftigen Erfolgen des Unternehmens beteiligt sind. Die Problematik der steuerlichen Behandlung der verschiedenen Stock-Option-Modelle im nationalen und internationalen Steuerrecht stellt ebenfalls einen Forschungsschwerpunkt des Instituts dar.

### **C. Externe Wertschätzung**

Die externe Wertschätzung kann zum einen aus Einladungen ausländischer renommierter Institute und wissenschaftlicher Vereinigungen ersehen werden. Zum Zweiten kann die Wertschätzung aus der Tätigkeit externer Experten des Steuerrechts an der Universität Linz ermessens werden.

Professor Achatz ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Vereinigung zur wissenschaftlichen Pflege des Umsatzsteuerrechts. Diese Vereinigung ist ein in Deutschland eingetragener Verein, dem im wissenschaftlichen Beirat die im Bereich des Umsatzsteuerrechts führenden deutschen Wissenschaftler angehören.

Professor Achatz ist ferner seit 1996 an der Hochschule St. Gallen auf Einladung des Instituts für Europarecht, Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung alljährlich im mit einer Gastvorlesung zum EU-Steuerrecht im Rahmen des St. Gallener Europarechtscurses tätig. Im Jahr 2002 wurde Professor Achatz mit dem „Best Teachers Award“ ausgezeichnet. Prof. Achatz ist ferner Vortragender des LLM-Programms für Europarecht an der Universität Linz und war auch als Vortragender des LLM-Programms „International Tax Law“ der Wirtschaftsuniversität Wien tätig.

Professor Achatz wird darüber hinaus regelmäßig von anderen österreichischen Steuerrechtsinstituten und wissenschaftlichen Vereinigungen in Deutschland zu Vorträgen eingeladen. Aus unmittelbar jüngster Zeit kann auf die Einladung der Wirtschaftsuniversität Wien zu einem Vortrag im Rahmen der Wiener Bilanzrechtstage zu Fremdfinanzierten Gewinnausschüttungen (April 2003), ferner auf eine Einladung der deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft zu einem Vortrag betreffend „Die Gemeinnützigkeit im Umsatzsteuerrecht“ (September 2002) hingewiesen werden. Im September 2003 wird Professor Achatz im Rahmen der deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft einen Vortrag zum Thema „Verständigungen im Steuerrecht“ abhalten. Für November 2003 hat Prof. Achatz eine Einladung des Hamburger Instituts für Stiftungsrecht zu einem Vortrag zur „Steuerlichen Optimierung gemeinnütziger Konzerne“ erhalten.

Professor Tumpel ist Vortragender des LLM-Programms für Europarecht in Schloss Hofen sowie Lehrgangs der LIMAK „International Accounting and Management“. In letzten Jahren war er auch als Vortragender des LLM-Programms „International Tax Law“ der Wirtschaftsuniversität Wien tätig. Überdies ist Professor Tumpel Vortragender bei Master of International Taxation der Universität Hamburg.

Professor Tumpel wurde zu Fachvorträgen an österreichischen aber auch an internationalen Einrichtungen und Universitäten eingeladen. Unter anderem hielt er 1999 einen Vortrag für die Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft in Leipzig zum Thema „Europarechtliche Besteuerungsmaßstäbe für die grenzüberschreitende Organisation und Finanzierung von Unternehmen“. Im Juni 2003 wird er in Berlin für die Vereinigung zur wissenschaftlichen Pflege des Umsatzsteuerrechts vortragen. In den vergangenen Jahren war er regelmäßig zu den Grazer Steuer- und Wirtschaftstage sowie zum Symposium zum Internationalen Steuerrecht der Wirtschaftsuniversität Wien eingeladen. Für das Bundesministerium für Finanzen gestaltete er eine Vortragsreihe zum Europäischen Steuerrecht von Mai bis September 2001 in Wien.

Schließlich ist festzuhalten, dass von Seiten Professor Tumpel und Professor Achatz laufend externe Experten des österreichischen und deutschen Steuerrechts eingeladen werden und diese Einladungen regelmäßig auch mit größtem Engagement angenommen worden sind. So haben etwa in Linz auf Einladung von Professor Tumpel und Professor Achatz Vorträge ua abgehalten: Univ.Prof. DDr. Hans Georg Ruppe (Universität Graz), Univ.Prof. DDr. Eduard Lechner (Universität Wien), Univ.Prof. Dr. Michael Lang (Wirtschaftsuniversität Wien), Univ.Do. Dr. Nikolaus Zorn (Richter des VwGH), Prof. Dr. Franz Wassermeyer, Richter des BFH (Universität Bonn), Prof. Dr. Christian Lohse (Universität Regensburg), Prof. Dr. Wolfgang (Universität Münster).

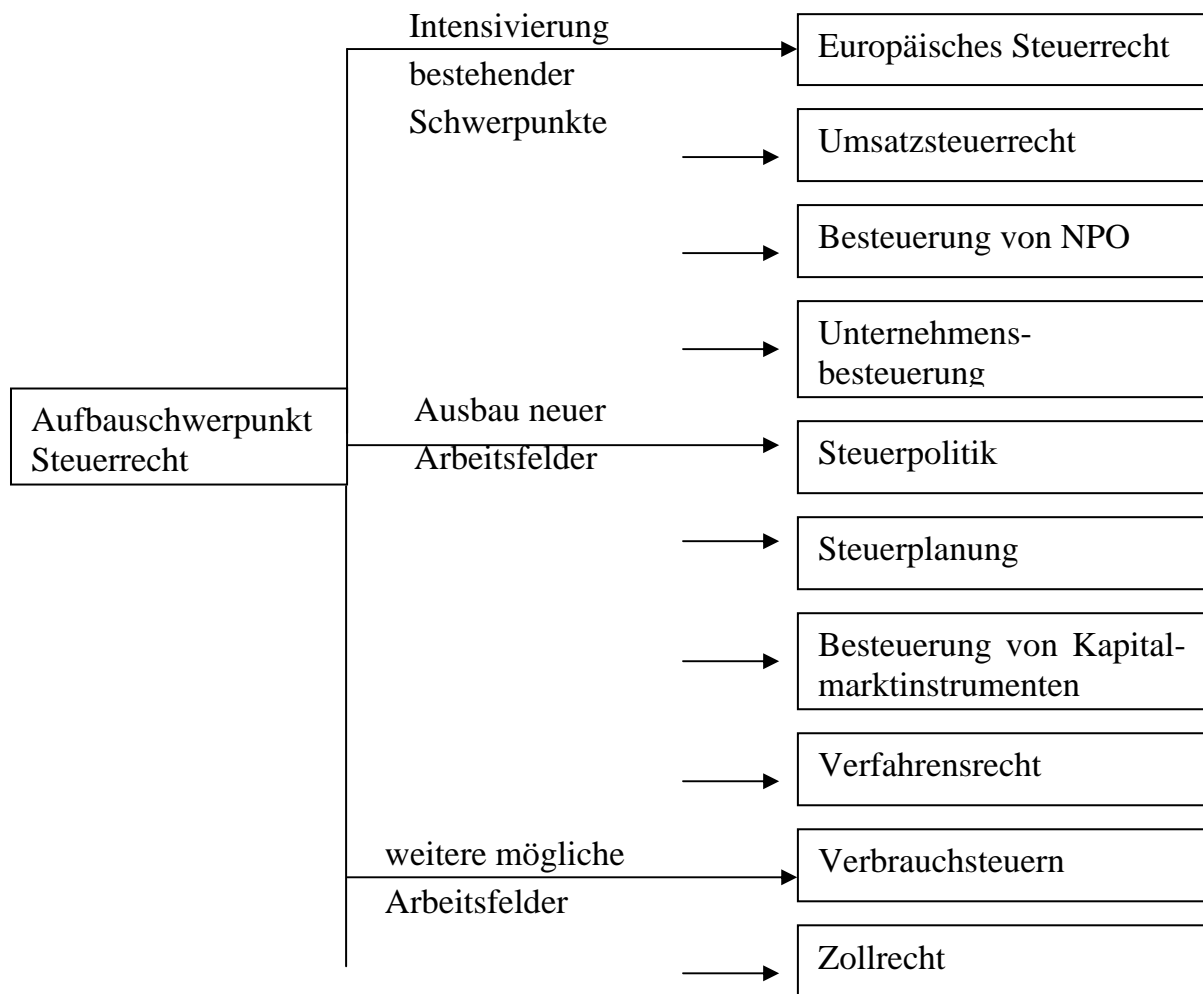
Besonders unterstrichen wird die Wertschätzung der an der Universität Linz etablierten Linzer „Steuerrechtswissenschaft und Steuerrechtspraxis“ durch die Gastprofessur von Herrn Univ.Do. Dr. Peter Quantschnigg. Seit dem Sommersemester 2003 ist Kollege Quantschnigg auf Einladung der rechtswissenschaftlichen Fakultät und der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät als Gastprofessor an beiden Fakultäten in Linz tätig. Kollege Quantschnigg ist ein ausgewiesener Experte des österreichischen Steuerrechts und als Leiter der Abteilung für Steuerpolitische Grundsatzfragen im Bundesministerium für Finanzen eine enorme Verstärkung für den angestrebten Aufbauschwerpunkt. Seine Bereitschaft

zur Tätigkeit in Linz bestätigt und unterstreicht die bereits heute dem Schwerpunkt entgegengebrachte Wertschätzung.

#### **4. Entwicklungskonzept**

Ausgehend von den bestehenden Schwerpunktfeldern im Bereich des Umsatzsteuerrechts, der Unternehmensbesteuerung, der Besteuerung von Non-Profit Organisationen und des europäischen Steuerrechts ist insbesondere ein Ausbau im Bereich der Steuerpolitik, Steuerplanung, Besteuerung von Kapitalmarktinstrumenten und des Verfahrensrechts beabsichtigt. Als weitere mögliche Arbeitsfelder werden insbesondere das Verbrauchsteuerrecht und das Zollrecht erkannt.

Sieht man vom Umsatzsteuerrecht ab, wo bereits heute eine intensivere Zusammenarbeit der beiden Abteilungen erfolgt, soll eine Intensivierung in den einzelnen Feldern insbesondere durch Bündelung von Interessen beider Abteilungen und gemeinsame Forschungsprogramme erreicht werden.



### *Europäisches Steuerrecht*

Das europäische Steuerrecht bildete sowohl bei der Abteilung für Finanz- und Steuerrecht als auch bei der Abteilung für Steuerlehre schon bisher einen Schwerpunkt im Rahmen der Forschungstätigkeit. Die Untersuchungen reichten von Fragen der Harmonisierung des Umsatzsteuerrechts der Europäischen Union bis hin zu den Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für den Bereich der direkten Steuern. Im Bezug auf die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des europäischen Steuerrechts haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Abteilungen in der Vergangenheit gegenüber den anderen in Österreich universitärer und außeruniversitärer Ebene tätigen Institutionen einen Wettbewerbsvorteil erlangt. Die erste umfassende Untersuchung zum Bereich der Harmonisierung der direkten Besteuerung in der Europäischen Union wurde als Buch von Michael Tumpel bereits

1994 vorgelegt. Die Mehrwertsteuer im innergemeinschaftlichen Warenverkehr war eine Untersuchung, die 1997 in eine Publikation mündete, welche u.a. mit dem Albert Hensel-Preis der deutschen steuerjuristischen Gesellschaft 1998 ausgezeichnet wurde. Die Abteilung für Finanz- und Steuerrecht hat sich in der Vergangenheit insbesondere mit den Konsequenzen der Harmonisierung im Bereich der Mehrwertsteuer für die Praxis des Umsatzsteuerrechts befasst. Im Rahmen dieser Forschungstätigkeit entstand z.B. der Band Praxisfragen im Umsatzsteuer-Binnenmarkt (1997) und EuGH-Rechtsprechung und Umsatzsteuerpraxis (2001).

Dieser Bereich der Erforschung, in welcher sich die Johannes Kepler Universität Linz eine entsprechende Reputation und Vorsprung erworben hat, sollte in der Zukunft nicht nur beibehalten sondern auch ausgebaut werden. Angesichts der dynamischen Entwicklung der Gesetzgebung und Rechtsprechung der Europäischen Union auf dem Gebiet des Steuerrechts, wird es in der Zukunft oft notwendig sein, um weitere Untersuchungen durchführen zu können, die vorhandenen Quellen zu sichten, zu dokumentieren und aufzuarbeiten. Es ist geplant, im Rahmen des Aufbauswerkpunkts Steuerrecht für Linz ein Dokumentationszentrum zum europäischen Steuerrecht zu schaffen. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung ist es allerdings notwendig, dass zusätzliche Ressourcen für die Anschaffung und Erhaltung der entsprechenden Literatur sowie deren Aufarbeitung zur Verfügung gestellt werden. Dies setzt eine Verstärkung der personellen Ausstattung sowie der entsprechenden Mittel für die Literaturbeschaffung voraus.

#### *Umsatzsteuer:*

Dieser Forschungsschwerpunkt ist auf das engste mit jenem des Europäischen Steuerrechts verbunden. Auch hier gilt es, Reputationen und Vorsprung gegenüber anderen Standorten zu erhalten und weiter auszubauen.

Neben der Fortführung des jährlichen Umsteuertages als das österreichische Symposium zu diesem Fachbereich ist die Herausgabe eines Umsatzsteuer-Handbuches in Planung. Im Rahmen dieses Projekts soll eine praxisbezogene aber dogmatische fundierte Aufarbeitung sämtlicher umsatzsteuerlich relevanten und denkbaren Sachverhalten erfolgen.

*Besteuerung von Non-Profit-Organisationen:*

In diesem Schwerpunkt hat die Universität Linz mittlerweile gegenüber anderen Standorten eine Position erlangt, die durch Alleinstellung charakterisiert ist. Die österreichweite Anerkennung und Reputation auch im Deutschen Sprachraum insgesamt wird durch eine Vielzahl von Vortragsverpflichtungen und Publikationen dokumentiert. Auch hier gilt es, den Vorsprung zu halten und auch weiter auszubauen. Dabei werden im Besonderen auch die Einflüsse des Europäischen Steuerrechts (zB Beihilfenverbot) und rechtsvergleichende Studien verstärkt anzustellen sein. Die Monographie zur Besteuerung von KöR ist zu aktualisieren (3. Auflage). Darüber hinaus soll im Handbuch zur Besteuerung von gemeinnützigen Institutionen erarbeitet werden.

*Unternehmensbesteuerung:*

Die traditionelle Steuerrechtswissenschaft hat sich bislang einer wissenschaftlichen systematischen Aufarbeitung der Einzelsteuergesetze gewidmet. Diese Tendenz spiegelt sich auch in den bestehenden Lehrbüchern und Grundrissen zum österreichischen Steuerrecht wider. Dem gegenüber gewinnt die Gesamtsicht für die Besteuerung des Unternehmens zunehmend an Bedeutung. Hierbei geht es einerseits darum, unternehmerische Prozesse und Sachverhalte nicht nur aus der Sicht einer einzelnen Steuer, sondern aus einer steuerlichen aber auch juristischen und wirtschaftlichen Gesamtsicht zu beurteilen. Zum anderen gewinnt angesichts eines bestehenden Unternehmensbesteuerungssystems (Einzelunternehmen und Personengesellschaften auf der einen und Kapitalgesellschaften auf der anderen Seite) der steuerliche Vergleich zwischen den Rechtsformen an immer größerer Bedeutung. Eine Dynamik zur Veränderung ergibt sich hierbei insbesondere, wenn man die aus dem Gemeinschaftsrecht sich ergebenden Anforderungen mit beachtet. Aus dem Grundsatz der Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit ergeben sich zahlreiche Notwendigkeiten zur Fortentwicklung des österreichischen Unternehmenssteuerrechts, die nicht nur die Frage der steuerlichen Behandlung von Steuerausländern sondern letztlich Grundfragen des Ertragsteuerrechts wie beispielsweise die Berücksichtigung von Verlusten oder die Frage der Konzernbesteuerung bis hin zum Umgründungssteuerrecht betreffen.

In diesem Forschungsschwerpunkt wurden steuerliche Untersuchungen bislang vor allem im Rahmen unternehmensrechtlicher interdisziplinärer Projekte vorangetrieben (so zB 1998 zum Eigenkapitalersatz, 2001 zu den Mitarbeiterbeteiligungen und 2002

zur Neuen Abfertigung). Derartige Projekte sind im Rahmen des unternehmensrechtlichen Exzellenzschwerpunkts weiter voranzutreiben. Darüber hinaus sind im Aufbauschwerpunkt Steuerrecht die steuerrechtssystematischen europarechtsbezogenen Grundlagenforschungen zu intensivieren.

Konkret geplant sind hierzu bereits folgende Projekte: 2005 soll eine gesetzliche Neukonzeption der Konzernbesteuerung erfolgen. Im Rahmen eines im Mai 2003 gestarteten Forschungsprojekts werden die Möglichkeiten und Grundlagen für eine EU-konforme Gruppenbesteuerung erarbeitet. In einem weiteren Projekt werden 2004 die Konsequenzen internationaler Umgründungen beleuchtet.

*Steuerpolitik: Peter Quantschnigg,*

Schon bisher wurden für einzelne Fragen des Steuerrechts Vorschläge für eine Reform entwickelt (D. Aigner/Tumpel, Überlegungen zur steuerlichen Förderung der Eigenkapitalbasis, SWK 2003 T 92 – T 96; Tumpel, Die europarechtlichen Vorgaben für eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, SWI 2000, 27; Tumpel, Gedanken zur Reform der Investmentfondsbesteuerung, ÖStZ 2002/1/2, 9-14; Achatz/Heidinger, RLG und Bilanzsteuerrecht in Bertl/Mandl (Hersg), Handbuch zum RLG). Geplant ist, als einen weiteren Aufbauschwerpunkt den Bereich der Steuerpolitik stärker zu etablieren und zu intensivieren. Dabei ist daran gedacht, Augenmerk sowohl auf die nationale als auch auf die internationale Steuerpolitik zu legen. In dem so gesteckten Rahmen sollten wissenschaftliche Untersuchungen über die Ausrichtung der Steuerpolitik angestellt und Inputs für eine Fortentwicklung geliefert werden. So ist etwa geplant, verstärkt internationale Rechtsvergleiche darzustellen (Vergleich von Steuersätzen, Vergleich von Steuerbemessungsgrundlagen uä), um so Erkenntnisse für steuerpolitische Standortbedürfnisse zu gewinnen. Ein wichtiges Thema werden auch Steuerstrukturfragen (etwa im Bereich der Besteuerung des Vermögens) sein. Weitere Felder der wissenschaftlichen Arbeiten werden in der Fortentwicklung der Konzernbesteuerung sowie der steuerlichen Implikationen im Zusammenhang mit der (internationalen) Rechtsentwicklung im Bereich der Rechnungslegungsvorschriften (Schlagwort IAS) gesehen.

Interessante Aspekte eröffnet die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im Bereich von Simulationsmodellen. In diesem Sinne sollen Ergebnisse steuerpolitischer Betrachtungen gleichsam experimentell in bestimmten Unternehmen „ausgetestet“ werden.

## *Steuerplanung*

Die Steuerplanung widmet sich der optimalen Gestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation von Unternehmen unter Berücksichtigung der steuerlichen Wirkungen unternehmerischer Entscheidungen. Hierbei stellen sich insbesondere Fragen hinsichtlich der optimalen Rechtsformwahl und internationalen Standortwahl. Die Vertreter der beteiligten Abteilungen haben sich schon in der Vergangenheit mit diesen Fragestellungen im nationalen, europäischen und internationalen Kontext befasst. Im Hinblick auf die rasche Veränderung der steuerlichen Rahmenbedingungen und die fortschreitende internationale Konzentration ist es aber notwendig, diesen Bereich auch weiterhin auf die Forschungsagenda zu setzen. Dies ist nicht nur vom wissenschaftlichen Standpunkt essentiell, sondern ermöglicht auch der Praxis Handlungsempfehlungen zu geben. Ergebnisse der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen Themenbereichen sind ua Tumpel, GmbH oder GmbH & Co KG – Ein Steueroptimierungsvergleich, in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg) GmbH oder GmbH & Co KG (2000) 85 – 113; Tumpel/Raffetseder-Amesberger, Umgründungen in und aus Personengesellschaften in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg) Personengesellschaften (2001) 55-72, Tumpel/G.Aigner, Umsatzsteuerliche und verkehrsteuerliche Aspekte von Sanierung und Insolvenz in Feldbauer-Durstmüller/Schlager (Hrsg) Krisenmanagement – Sanierung - Insolvenz (2002) 897-928; Tumpel/D.Aigner, Inländische Venture Capital Fonds im Internationalen Steuerrecht in Kofler/Polster-Grüll (Hrsg), Private Equity und Venture Capital Industrie (2002) 525-544, Tumpel, Internationale Steuerpolitik und private Vermögensanlage, in Mosser (Hrsg) Vermögensweitergabe und Unternehmensnachfolge (2002) 237-242; D. Aigner/Tumpel, Besteuerung der entgeltlichen und unentgeltlichen Übertragung von Familienunternehmen in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg) Gründung, Umgründung und Beendigung von Unternehmen (2003) in Druck; Achatz (Hrsg), Umsatzsteuer in der Insolvenz (1998); Achatz/Kofler, Ertragsteuern in Sanierung und Insolvenz von Körperschaften in Feldlauer-Durstmüller/Schlager (Hrsg), Krisenmanagement-Sanierung-Insolvenz (2002) 823 – 895; Achatz/Kofler, Ertragsteuerliche Rahmenbedingungen für die Risikofinanzierung in Österreich in Kofler/Polster-Grüll (Hrsg), Private Equity und Venture Capital (2003) 429 – 472.

## *Besteuerung von Kapitalmarktinstrumenten*

In den letzten Jahrzehnten haben sich eine Vielzahl unterschiedlicher Kapitalanlagen insbesondere derivative Finanzmarktinstrumente entwickelt, welche einer rechtlichen

und damit auch einer steuerrechtlichen Einordnung bedurften. Ebenso komplex wie diese Kapitalmarktinstrumente ist deren steuerlichen Behandlung, was zu intransparenten und ungleichen Besteuerungswirkungen und damit zu Wettbewerbsverzerrungen führte. Diese gilt es aufzuzeigen und dem Gesetzgeber Empfehlungen für Änderungen für eine entscheidungsneutrale, transparente und einfache Besteuerung zu geben. Diese Arbeit wurde von Angehörigen der Abteilung bereits in der Vergangenheit versucht und soll einen Schwerpunkt in der Zukunft darstellen. Im Mittelpunkt stehen dabei neben den nationalen Rahmenbedingungen auch die Maßnahmen auf europäischer Ebene sowie der internationale Rechtsvergleich.

### *Verfahrensrecht*

Das Verfahrensrecht soll weiter insoweit einen Schwerpunkt bilden, als es um die Analyse von prozeduralen Instrumenten geht, die im Kontext mit den materiellen Arbeitsfeldern dieses Schwerpunktes stehen. Ein solcher Konnex besteht insbesondere mit der Steuerplanung. Im Zusammenhang mit der Steuerplanung stellt sich etwa die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen angestrebte Steuerfolgen bereits vor Verwirklichung des Sachverhalts in einer für die Beteiligten des Abgabenverfahrens verbindlichen Weise festgelegt werden können. Eine Steuerplanung, die auch mit Rechtssicherheit ausgestattet ist, bedarf ergänzender verfahrensrechtlicher Instrumente. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen dabei Fragen des Vertrauensschutzes. In nächster Zeit werden neben Auskünften und Zusagen die Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Anwendung des öffentlichrechtlichen Vertrages und Rechtsfragen im Zusammenhang mit § 117 BAO analysiert.

### *Verbrauchssteuerrecht*

Verbrauchssteuern erfassen unmittelbar oder mittelbar den Verbrauch bestimmter Güter im Steuergesetz der Europäischen Union. Der wirtschaftliche Belastungsgrund für die Erhebung von Verbrauchssteuern ist im Wesentlichen in der Verwendung von Einkommen für den Erwerb bestimmter Verbrauchsgüter, die eine besondere Leistungsfähigkeit indizieren oder deren Verbrauch aus lenkungspolitischen Zielsetzungen eingedämmt werden soll, zu sehen. Da Verbrauchssteuern auf spezielle Arten der Einkommensverwendung erhoben werden, ergänzen sie die Umsatzsteuer, wodurch bei Produkten, die typischerweise von Endverbrauchern erworben werden, ein Ergebnis erreicht wird, das einem höheren Umsatzsteuersatz entspricht. Dieser Effekt wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass nach Art 11 Abs 2 lit a der 6. MWSt-RL die speziellen Verbrauchssteuern in die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer

einfließen. Verbrauchsteuern sind somit als indirekte, einkommensunabhängige Steuern produktbezogen und unmittelbar preiswirksam. Solche produktbezogenen Abgaben führen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Marktfreiheiten und sind insofern geeignet, den Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen Marktes zu verzerren. Im EG Vertrag ist in Art 93 EG ein Harmonisierungsauftrag im Bereich der der Verbrauchsabgaben normiert, dem durch das gemeinschaftliche Verbrauchsteuerrecht nachgekommen wurde. Kernstück bildet die sogenannte Systemrichtlinie ergänzt durch die Strukturrichtlinien und die Steuersatzrichtlinien, wodurch ein allgemeines System für den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren geschaffen wurde. Bislang fehlen umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit diesem Forschungsgebiet, das sich am Schnittpunkt mehrerer bereits bestehender und geplanter Forschungsbereiche der Abteilungen für Finanz- und Steuerrecht und für betriebswirtschaftliche Steuerlehre befindet (Umsatzsteuerrecht, Zollrecht, Europarecht, Steuerpolitik). Die Bearbeitung dieses Themenbereiches im Rahmen des Aufbauswerpunktes erscheint essentiell, insofern als die bestehenden Schwerpunkte ergänzt und vertieft werden und um eine weitere Profilierung des Linzer Standortes herbeizuführen, die die Universität Linz von den anderen Universitätsstandorten deutlich abheben würde.

#### *Zollrecht:*

Das Zollrecht ist systematisch gesehen Teil des Abgabenrechts, weist aber andererseits zahlreiche Besonderheiten auf (ausschließlich auslandsorientierte Sachverhalte, Dominanz von handlungspolitischen Lenkungseffekten, Vielzahl von internationalen Ebenen). Dies hat auch traditionell bislang dazu geführt, dass sich weder die steuerrechtliche Forschung noch die Lehre des Zollrechts angenommen hat. Das Zollrecht bietet damit ein strategisches Feld, das bei entsprechender Besetzung durchaus zu einer weiteren Profilbildung des Aufbauswerpunktes Steuerrecht beitragen könnte. Einzuräumen ist allerdings, dass aus den bestehenden personellen Ressourcen dieser Bereich des Steuerrechts nicht betreut werden kann. Das Zollrecht erfordert vielmehr mehr als jede andere Materie des Steuerrechts an erheblicher praktischer Erfahrung aus der Zollverwaltung. Auch in Deutschland wurde der diesbezügliche Schwerpunkt an der Universität Münster durch ausgewiesene Praktiker entwickelt, die heute diesen Teil des Abgabenrechts in Forschung und Lehre betreuen. Aus heutiger Sicht bestehen in Linz verschiedenste Berührungspunkte zum Zollrecht vor allem im Forschungsschwerpunkt der Umsatzsteuer, weshalb auch ein intensiver fachlicher Austausch mit Professor Wolfgang (Universität Münster) besteht. Professor Wolfgang hat in den beiden letzten Jahren im Rahmen von Gastvorlesungen das Zollrecht an der Universität Linz abgedeckt. Sollten in Österreich personelle

Kapazitäten für eine wissenschaftliche Betreuung des Zollrechts aufgefunden werden, sollte jedenfalls auch dieser Teil des Abgabenrechts im Rahmen eines Aufbauschwerpunktes entwickelt werden, zum einen um den bestehenden Schwerpunkt der Umsatzsteuer weiter zu ergänzen und zu vertiefen, zum anderen aber auch um eine weitere Profilierung des Linzer Standortes herbeizuführen, die die Universität Linz von den anderen Universitätsstandorten deutlich abheben würde.

## **5. Input für Lehre und Weiterbildung**

Für die Lehre weisen insbesondere die Schwerpunkte zur Unternehmensbesteuerung, zur internationalen Steuerplanung und zur Besteuerung von Kapitalmarktinstrumenten erhebliche Potentiale auf. Es darf nicht übersehen werden, dass heute ein vermehrter beständig zunehmender Bedarf an Absolventen im Bereich des Steuerrechts besteht. Dieser Bedarf wird einerseits Seitens der rechtsberatenden Berufe (Anwälte, Steuerberater) andererseits aber auch Seitens der Unternehmungen geltend gemacht. Aus dieser Perspektive ist ein Aufbauschwerpunkt im Bereich der Unternehmensbesteuerung, der Steuerplanung und der Besteuerung von Kapitalmarktinstrumenten nicht nur für den oberösterreichischen Wirtschaftsraum, sondern insgesamt für den österreichischen Wirtschaftsraum von massivem Interesse.

Aus der Sicht der rechtswissenschaftlichen Fakultät wird sich hierbei das Erfordernis ergeben, die im Grundstudium bestehende Verankerung des Steuerrechts mit lediglich zwei Semesterwochenstunden auf zumindest vier Semesterwochenstunden auszubauen. Eine Vertiefung könnte weiterhin im Rahmen der Studienschwerpunkte im derzeit bestehenden Ausmaß erfolgen, wobei allerdings gerade auch eine deutliche Akzentuierung der Kapitalmarktinstrumente erfolgen sollte um auch qualifizierten Nachwuchs für den Bankensektor zu begünstigen.

Im Bereich der Weiterbildung können sämtliche angeführten Bereiche des Steuerrechts empfohlen werden. Die Vergangenheit hat bereits gezeigt, dass Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich des Steuerrechts zu den genannten Schwerpunkten (Umsatzsteuerrecht, Besteuerung von Non-Profit Organisationen, Unternehmensbesteuerung) durchschnittlich zwischen achtzig und hundert Teilnehmer aus dem oberösterreichischen Wirtschaftsraum anziehen. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Veranstaltungen im Bereich des Umsatzsteuerrechts und der Besteuerung von Non-Profit Organisationen Teilnehmer aus ganz Österreich anziehen.

## 6. Standortfrage im österreichischen Vergleich

Soweit ersichtlich weisen die anderen Universitätsstandorte im Bereich des Steuerrechts folgende Profilbildung auf:

Wirtschaftsuniversität Wien: An der WU Wien sind mittlerweile ein vollbeschäftigter Universitätsprofessor (Professor Lang) und zwei halbbeschäftigte Universitätsprofessoren (Professor Staringer und Professor Schuch) tätig. Dem letzten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, dass das Institut für österreichisches und internationales Steuerrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien über 8 Assistenten verfügt. Die Schwerpunktsetzung dieses Instituts erfolgt – abgesehen von einer breiten Abdeckung des gesamten österreichischen Steuerrechts – insbesondere im Bereich des Rechts der Doppelbesteuerungsabkommen. Demgegenüber würde der Ausbau an der Universität Linz stärker das europäische Steuerrecht und hier vor allem das Unternehmenssteuerrecht in den Mittelpunkt der Betrachtungen rücken. Eine deutliche Profilbildung des Linzer Standortes gegenüber der Wirtschaftsuniversität Wien ergibt sich insbesondere aus den Schwerpunkten Umsatzsteuerrecht, dem Schwerpunkt Steuerpolitik, dem Schwerpunkt Steuerplanung, dem Schwerpunkt Verfahrensrecht sowie dem Schwerpunkt der Besteuerung von Non-Profit Organisationen.

Am Institut für Finanzrecht der Universität Graz sind neben Professor Ruppe vier Assistenten tätig. Die Forschungsschwerpunkte liegen nach dem letzten Tätigkeitsbericht in verfassungsrechtlichen Fragen der Besteuerung, in den europarechtlichen Fragen der Besteuerung, in den Landes- und Gemeindeabgaben, der Umsatzbesteuerung, der Erbschafts- und Schenkungssteuer, der Unternehmensbesteuerung, der Besteuerung moderner Informationstechnik und der Konsentechniken im französischen und österreichischen Abgabenrecht. Eine deutliche Abgrenzung gegenüber dem Grazer Standort besteht insbesondere hinsichtlich der Bereiche internationale Steuerplanung und Besteuerung von Kapitalmarktinstrumenten sowie der Besteuerung von Non-Profit Organisationen. Darüber hinaus ergibt sich ebenso wie gegenüber der Wirtschaftsuniversität Wien ein Standortvorteil der Linzer Universität durch die Einbeziehung der Steuerpolitik.

Von den anderen Universitätsstandorten liegen keine Tätigkeits- bzw. Forschungsberichte auf. Insgesamt kann aber aus der heutigen Kenntnis festgehalten werden, dass insbesondere das Institut für Recht und Wirtschaft an der Universität Wien (Univ.Prof. Lechner) im Bereich der Kapitalmarktinstrumente und des internationalen Steuerrechts über entsprechende Kompetenz verfügt. Eine Konkurrenzsituation zu einem Linzer Aufbauswerpunkt besteht insoweit wiederum

nicht, wenn man davon ausgeht, dass die in Linz angestrebten Arbeitsschwerpunkte neben einer Deckung des lokalen Bedarfs insbesondere auch um die Facette der Steuerpolitik angereichert sind.

Zusammenfassend ist daher festzuhalten:

Durch folgende Arbeitsfelder wird bereits heute eine Profilbildung durch Alleinstellung am Markt begründet:

- Besteuerung von Non-Profit-Organisationen
- Steuerpolitik

Eine Konkurrenz zu lediglich einem Standort (Graz) liegt im Bereich der Umsatzbesteuerung vor. Das Grazer Institut (Prof. Ruppe) arbeitet fortlaufend am USt-Kommentar (erschienen 1999 in der 2. Auflage). Demgegenüber liegt der Schwerpunkt der Linzer Forschungen in einer praxisorientierten anwendungsbezogene Aufarbeitung des Umsatzsteuerrechts.

Eine gewisse Parallelität bzw. Konkurrenzsituation mag zu anderen Standorten im Bereich der Unternehmensbesteuerung bestehen, doch ist darauf hinzuweisen, dass für den österreichischen und im Besonderen oberösterreichischen Markt auf die Entwicklung eines solchen Schwerpunktes nicht verzichtet werden kann und sich eine deutliche Profilierung dieses Schwerpunktes einerseits durch interdisziplinäre unternehmensrechtliche Analyse und die Einbeziehung der Steuerpolitik und der Entwicklung von Reformvorschlägen ergeben wird.

## **7. Finanzierungsbedarf**

### **7.1. Ausgangslage**

Das heute wahrgenommene Forschungs- und Lehrprogramm im Steuerrecht wird durch folgende personelle Ressourcen bestritten:

An der Rechtswissenschaftlichen Fakultät

- ein Universitätsprofessor
- zwei vollbeschäftigte Universitätsassistenten
- ein von Dritten finanzierter Studienassistent

An der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

- ein Universitätsprofessor
- zwei vollbeschäftigte Universitätsassistenten
- ein vollbeschäftigter Mitarbeiter in Ausbildung
- zwei von Dritten finanzierte halbtagsbeschäftigte Mitarbeiter

Professor Quantschnigg ist im Rahmen einer Gastprofessur im Ausmaß von vier Semesterwochenstunden im Wintersemester und im Sommersemester tätig, wovon je zwei Semesterwochenstunden auf beide Fakultäten entfallen.

## **7.2. Zusatzbedarf**

Um die Entwicklung des Aufbauswerpunktes entsprechend dem vorgestellten Konzept umzusetzen, sind an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Abteilung Steuerrecht weitere Ressourcen erforderlich.

Bei der Festlegung des Bedarfs wurde bereits auf den Umstand Bedacht genommen, dass eine gemeinsame Nutzung von personellen Ressourcen durch die betroffenen Abteilungen über die beiden Fakultäten hinweg erfolgen soll. Der nachstehende angegebene Finanzierungsbedarf ist somit als absoluter Mindestbedarf zu qualifizieren.

Kurzfristiger Bedarf

- ein Universitätsprofessor für Unternehmensbesteuerung und Steuerpolitik
- vier Universitätsassistenten
- eine Sekretariatskraft

Mittelfristiger Bedarf

- ein weiterer Universitätsprofessor für Europäisches Steuerrecht (Schwerpunkt indirekte Steuern und Zollrecht)
- zwei weitere Universitätsassistenten
- eine Sekretariatskraft

Für die Abteilung von Prof. Tumpel ergibt sich kurzfristig folgender Bedarf, um die Entwicklung des Aufbauschwerpunktes zu unterstützen.

- zwei Universitätsassistenten

Über beide Fachbereiche und Fakultäten hinweg ist somit folgender Finanzierungsbedarf gegeben:

	<u>Ist</u>	<u>kurzfristig</u>	<u>mittel-</u> <u>fristig</u>	<u>Endausbau</u>
<b>Universitäts-</b> <b>professoren</b>	<b>Re</b> 1	+ 1	+ 1	3
	<u><b>SOWI</b></u> 1			1
	2			
<b>Gastprofessoren</b>	<b>Re</b> 2 Sem <u>Wochenst.</u>	--	--	
	<b>SOWI</b> 2 Sem <u>Wochenst.</u>	--	--	
	4			
<b>Assistenten</b>	<b>Re</b> 2	+ 4	+ 2	8
	<u><b>SOWI</b></u> 3	<u>+ 2</u>	—	5
<b>Sekretariat</b>	<b>Re</b> 1	+ 1	+ 1	3
	<b>SOWI</b> 1			1

Daneben ist die entsprechende räumliche Ausstattung und die Zuweisung entsprechender Bibliotheksmittel erforderlich.

## **Publikationsverzeichnis**

**Prof. Tumpel**

### **Monographien**

1. Optionsgeschäft und Wertpapierleihe in Bilanz- und Steuerrecht, Wien 1992, Manz Verlag (gemeinsam mit Wolfgang Gassner - Philip Göth).
2. Harmonisierung der direkten Unternehmensbesteuerung in der EG - Die Konsequenzen eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft für das österreichische Unternehmenssteuerrecht, Wien 1994, ÖSD-Verlag.
3. Mehrwertsteuer im innergemeinschaftlichen Warenverkehr, Wien 1997, Linde Verlag.

### **Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelwerken**

1. Bewertung festverzinslicher Forderungen und Verbindlichkeiten in der Bankbilanz bei Änderungen des Marktzinssatzes, ÖBA 1990, 600-611 (gemeinsam mit Philip Göth).
2. Die Besteuerung von Unternehmen in der BRD - Ein Modell für eine Reform der Besteuerung von Unternehmensgruppen in Österreich? JfB 1990, 226-241.
3. Organschaft und Besteuerung von Unternehmensgruppen (Veranstaltungsbericht), ÖStZ 1990, 200-202 (gemeinsam mit Gassner - Göth - Lang - Rief)
4. Zum Ausweis "noch nicht abrechenbarer Leistungen", SWK 1990 D 33-36.
5. Patentverwertung und Ertragsbesteuerung, ecolex 1991, 199-202 (gemeinsam mit Roland Rief).
6. EG-Richtlinienvorschlag zur Berücksichtigung von Auslandsverlusten, SWI 1991, 75-79.
7. Die Berücksichtigung von Verlusten beim Wechsel von beschränkter zu unbeschränkter Steuerpflicht, SWI 1991, 105-108.
8. Unterbeteiligung und Mitunternehmerschaft, ecolex 1991, 811-812.
9. Hedging und Marktbewertung in der Bankbilanz, ÖBA 1991, 715-719 (gemeinsam mit Philip Göth).
10. Ansatz sowie Bewertung nach dem EStG und Verfassungsrecht, in Gassner - Lechner (Hrsg) Steuerbilanzreform und Verfassungsrecht (1991) 157-186.

11. Die sachliche Zuordnung zum Bilanzvermögen, RWZ 1992, 11-19.
12. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1992, 50-54 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer)
13. Wegzugsbesteuerung für Beteiligungen im Sinne des § 31 EStG, SWI 1992, 67-74.
14. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1992, 266-271 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
15. Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in der EG, ecolex 1992, 365-367.
16. Anmerkung zu "Termin- und Optionsbörse: Umsatzsteuerliche Behandlung", ecolex 1992, 375-376 (gemeinsam mit Philip Göth).
17. Ertragsteuerliches zum Optionsgeschäft und Wertpapierleihe, ecolex 1992, 495-497 (gemeinsam mit Philip Göth).
18. Österreich und das EG-Steuerrecht (Veranstaltungsbericht) ÖStZ 1992, 253-256 (gemeinsam mit Göth - Jann - Rief - Staringer).
19. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1992, 498-502 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
20. EWR-Diskriminierungsverbote und direkte Steuern (I), ecolex 1992, 583-587.
21. EWR-Diskriminierungsverbote und direkte Steuern (II), ecolex 1992, 655-659.
22. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1992, 728-734 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
23. Beseitigung der Doppelbesteuerung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EG - Mutter/Tochter-Richtlinie und Zinsen/Lizenzen-Richtlinienvorschlag, in Gassner - Lechner (Hrsg) Österreichisches Steuerrecht und europäische Integration (1992) 163-193.
24. Bankspezifisches Steuerrecht, in Griller (Hrsg) Banken im Binnenmarkt (1992) 871-1000.
25. Steuerliche Rahmenbedingungen eines Finanzplatzes Österreich, in WIFO (Hrsg) Voraussetzungen und Chancen für die Entwicklung eines "Finanzplatzes Innsbruck" (1992) 45-89 (gemeinsam mit Roland Rief).
26. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1993, 49-54 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
27. Österreich als Holdingstandort in Europa (I) ecolex 1993, 187-190.
28. Österreich als Holdingstandort in Europa (II) ecolex 1993, 264-266.

29. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1993, 266-270, (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
30. EuGH-Rechtsprechung zur Diskriminierung beschränkt Steuerpflichtiger, SWI 1993, 118-122.
31. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1993, 482-488 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
32. Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger nach dem Begutachtungsentwurf des Steuerreformgesetzes 1993 EG-konform? SWI 1993, 299-302.
33. Anmerkung: Haftung bei Steuerabzug in besonderen Fällen, ecolex 1993, 558.
34. Vorschlag zur Änderung der Mutter/Tochter-Richtlinie und Fusionsrichtlinie, SWI 1993, 329-333.
35. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1993, 697- 702 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
36. Anmerkung: Ausfall einer Forderung aus Betriebsveräußerung als nachträgliche Betriebsausgabe, ecolex 1993, 780.
37. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1994, 194-199 (gemeinsam mit Philip Göth - Roland Rief - Claus Staringer).
38. Steuerrecht in der Europäischen Union, ecolex 1994, 248-254.
39. Software, in Gassner - Lang - Lechner (Hrsg) Aktuelle Entwicklungen im Internationalen Steuerrecht (1994) 157-175.
40. Umsatzsteuerliche Behandlung von Beratungsleistungen an Ausländer, SWI 1994, 106-117.
41. Die Binnenmarktregelung des UStG 1994, SWK 1994, A 487-499.
42. Die Besteuerung von Expatriates in Österreich, SWI 1994, 213.
43. Binnenmarktregelung: Innergemeinschaftlicher Erwerb, SWI 1994, 290-295.
44. Binnenmarktregelung: Innergemeinschaftliche Lieferung, SWI 1994, 324-327.
45. Binnenmarktregelung: Versandhandelsregelung, SWI 1994, 364-368.
46. Binnenmarktregelung: Neuerungen nach der Regierungsvorlage, SWI 1994, 394-397.
47. Ertragsfähige Betätigungen und Liebhaberei im Ertragsteuerrecht, Teil 1: FJ 1994, 238-243; Teil 2: FJ 1994, 280-285; Teil 3: FJ 1995, 7-14 (gemeinsam mit Eduard Lechner - Peter Haunold).
48. Umsetzung der Mutter/Tochter-Richtlinie in Österreich, IStR 1995, 113-115.

49. Beschränkte Steuerpflicht und EU-Recht, ÖStZ 1995, 151-154.
50. Die fiktive Anrechnung (matching credit, tax sparing credit) in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Die Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung - Anrechnungs- und Befreiungsmethode (1995) 61-98.
51. Beteiligungseinbringung in eine EU-Gesellschaft durch einen ausländischen Einbringenden, ÖStZ 1995, 334-336.
52. Binnenmarktregelung: Erste Erläuterungen des Finanzministeriums, SWI 1995, 110-114.
53. Binnenmarktregelung: Änderungen durch die 2. Vereinfachungsrichtlinie, SWI 1995, 252-258.
54. News aus der EU, SWI 1995, 37-38; 74-76; 115-117; 156-157; 195-196; 236-238; 276-278; 316-317; 356-358; 395-397; 434-437; 476-478 (gemeinsam mit Peter Haunold und Christian Widhalm).
55. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1995, 834 (gemeinsam mit Peter Haunold, Martin Jann und Josef Schuch)
56. Jubiläumsgeldrückstellungen und Nachholverbot, RWZ 1996, 38-42 (gemeinsam mit Klaus Hirschler).
57. Arbeitnehmereinkünfte in Österreich, in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Österreich - Der steuerliche EU-Nachbar (1996) 69-87.
58. Die Bedeutung der abkommensrechtlichen Ansässigkeit für die Mutter-Tochter-Richtlinie und Fusionsrichtlinie, in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Doppelbesteuerungsabkommen und EU-Recht (1996) 181-199.
59. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1996, 120 (gemeinsam mit Philip Göth, Gerald Toifl und Christoph Urtz).
60. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1996, 409 (gemeinsam mit Oliver Ginhör, Martin Jann und Josef Schuch).
61. Rechtsprechungsübersicht Bundesfinanzhof, ecolex 1996, 793 (gemeinsam mit Oliver Ginhör, Martin Jann, Josef Schuch, Gerald Toifl und Christoph Urtz).
62. Neues Mehrwertsteuersystem für den Binnenmarkt, SWI 1996, 449-454.
63. News aus der EU, SWI 1996, 43-45, 91-93, 140-142, 186-190, 235-237, 282-285, 322-325, 364-366, 411-414, 459-462, 506-508, 556-558 (gemeinsam mit Peter Haunold und Christian Widhalm).
64. Umsatzsteuerplanung im Binnenmarkt, in Gassner/Gröhs/Lang (Hrsg) Zukunft der Wirtschaftsprüfung (1997) 253-267.

65. Zukünftiges Mehrwertsteuersystem für den Binnenmarkt - Arbeitsprogramm für den Binnenmarkt, in Achatz (Hrsg) Praxisfragen im Umsatzsteuer-Binnenmarkt (1997) 121-141.
66. News aus der EU SWI 1997, 35-38, 81-85, 131-134, 179-182, 226-229, 273-277, 323-326, 372-374; 417-421; 472-478; 522-525; 563-566 (gemeinsam mit Peter Haunold und Christian Widhalm).
67. Die passiven Einkünfte nach dem DBA Österreich – USA, in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Das neue Doppelbesteuerungsabkommen Österreich – USA (1997) 233-254.
68. Residence under Treaty Law – Significance for Parent-Subsidiary Directive and Merger Directive, in Gassner/Lang/Lechner (Ed.) Tax Treaties and EC Law (1997) 167-183.
69. Neues Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA, vwt 1997 H 6, 18.
70. Grundsätze der Auslegung des österreichischen Umsatzsteuerrechts, in FS des Fachsenats für Steuerrecht (1998) 455-482.
71. Ausländische Finanzierungsgesellschaften - Steuerrechtliche Probleme und Steuerplanungsüberlegungen beim Einsatz ausländischer Finanzierungsgesellschaften durch österreichische Konzerne, in FS 30 Finanzrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien (1998) 417-442
72. Umsatzsteuer bei Eigennutzung von Gebäuden, vwt 1998 H 1, 19.
73. Anregungen aus der Reformdiskussion in Deutschland für Österreich, in Gassner/Lang/ Wiesner (Hrsg) Besteuerung von Unternehmensgruppen (1998) 269-285.
74. Neuer Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Besteuerung von Zahlungen für Zinsen und Lizenzgebühren, SWI 1998, 211.
75. Die Beteiligung an einer Personengesellschaft als Betriebstätte des Gesellschafters, in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Die Betriebstätte im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen (1998) 145-155.
76. Steuerrecht im Internet - eine Anleitung, ÖStZ 1998, 166-170.
77. Steuerrecht im Internet, persaldo 1998 H 1, 10.
78. Vorsteuerabzug für Personenkraftwagen und Gemeinschaftsrecht, ÖStZ 1998, 490-497.
79. Steuern im Cyberspace! ecolx 1999, 238.

80. Dienstnehmereinkünfte nach dem neuen DBA Österreich-Deutschland, in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Das neue Doppelbesteuerungsabkommen Österreich-Deutschland (1999) 117-131.
81. Endbesteuerung von Zinsen und Kapitalverkehrsfreiheit, in Lechner/Staringer/Tumpel (Hrsg) Kapitalverkehrsfreiheit und Steuerrecht (2000) 63-92.
82. Europarechtliche Besteuerungsmaßstäbe für die grenzüberschreitende Organisation und Finanzierung von Unternehmen, Pelka (Hrsg) Europa- und verfassungsrechtliche Grenzen der Unternehmensbesteuerung, DStJG 23 (2000) 321-372.
83. Die europarechtlichen Vorgaben für eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, SWI 2000, 27
84. GmbH oder GmbH & Co KG – Ein Steueroptimierungsvergleich, in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg) GmbH oder GmbH & Co KG (2000) 85 – 113.
85. Die abkommensrechtliche Behandlung von Personengesellschaften aus dem Blickwinkel des Gemeinschaftsrechts, in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Personengesellschaften im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen (2000) 249-263
86. Europarechtliche Besteuerungsmaßstäbe für die grenzüberschreitende Organisation und Finanzierung von Unternehmen, in Pelka (Hrsg) Europa- und verfassungsrechtliche Grenzen der Unternehmensbesteuerung (2000) 321-372
87. Fundamental Freedoms for Citizens, Fundamental Restrictions on National Tax Law? – Austria, ET 2000, 32-34
88. Ständige (monatlich) Rubrik; SWI 2000 (gemeinsam mit Haunold und Widhalm) News aus der EU (Rechtsprechung der EuGH; Tätigkeit der EU-Kommission und des EU-Rates)
89. Rechtssprechungsübersicht EuGH-Rechtsprechung für SWK 2000
90. Betriebsstättenverluste in der Europäischen Union, SWI 2001, 55
91. Mindestkörperschaftsteuer EG-konform! VWT 2001 H 1, 25
92. Der Vorsteuerabzug im Lichte der EuGH-Rechtsprechung (gemeinsam mit Brenner) in Achatz/Tumpel (Hrsg) Umsatzsteuer in der Rechtsprechung des EuGH (2001) 145-170

93. Umgründungen in und aus Personengesellschaften (gemeinsam mit Raffetseder-Amesberger) in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg) Personengesellschaften (2001) 55-72
94. Die Vorschriften des AStG-E aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht (gemeinsam mit Muszynska) in Gassner/Lang/Lechner (Hrsg) Der Entwurf eines österreichischen Außensteuergesetzes (2001) 283-302.
95. Ständige (monatlich) Rubrik; SWI 2001 (gemeinsam mit Haunold und Widhalm) News aus der EU (Rechtsprechung der EuGH; Tätigkeit der EU-Kommission und des EU-Rates)
96. Rechtssprechungsübersicht EuGH-Rechtsprechung (gemeinsam mit Widhalm) für SWK 2001.
97. Gedanken zur Reform der Investmentfondsbesteuerung, ÖStZ 2002/1/2, 9-14.
98. Vorsteuerabzug für Kleinbusse nach dem EuGH-Urteil (gemeinsam mit Gaedke) SWK 2002 S 92.
99. EG-rechtliche Rahmenbedingungen einer Reform des Umsatzsteuersystems, in Achatz/Tumpel (Hrsg) Umsatzsteuer im elektronischen Zeitalter (2002) 31-45.
100. Umsatzsteuerliche und verkehrsteuerliche Aspekte von Sanierung und Insolvenz (gemeinsam mit G. Aigner) in Feldbauer-Durstmüller/Schlager (Hrsg) Krisenmanagement – Sanierung - Insolvenz (2002) 897-928.
101. Rechtssprechungsübersicht EuGH-Rechtsprechung (gemeinsam mit Widhalm) für SWK 2002.
102. Ständige (monatlich) Rubrik; SWI 2002 (gemeinsam mit Haunold und Widhalm) News aus der EU (Rechtsprechung der EuGH; Tätigkeit der EU-Kommission und des EU-Rates)
103. Inländische Venture Capital Fonds im Internationalen Steuerrecht (gemeinsam mit D. Aigner) in Kofler/Polster-Private Equity und Venture Capital Industrie (2002) 525-544.
104. Internationale Steuerpolitik und private Vermögensanlage, in Mosser (Hrsg) Vermögensweitergabe und Unternehmensnachfolge (2002) 237-242.
105. Zweifel des Verwaltungsgerichtshofes an der Vereinbarkeit der Dividendenbesteuerung in Österreich mit der Kapitalverkehrsfreiheit, SWI 2002, 454-457.
106. Zwischen steuerpolitischer Autonomie und Harmonisierung der direkten Steuern, ÖStZ 2002/21, 548-553.

107. Steuerrechtliche Rahmenbedingungen der Europäischen Aktiengesellschaft, GesRZ 2002, 162-170.
108. Arbeitnehmerüberlassung im DBA-Recht (gemeinsam mit Stangl) Gassner / Lang / Lechner / Schuch / Staringer (Hrsg) Arbeitnehmer im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen (2003) 107-127.
109. Ergänzungen des Erlasses zum Übergang der Steuerschuld in der Bauwirtschaft, SWK 2003 S 37-39.
110. Besteuerung der entgeltlichen und unentgeltlichen Übertragung von Familienunternehmen (gemeinsam mit D. Aigner) in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg) Gründung, Umgründung und Beendigung von Unternehmen (2003) in Druck
111. Grundsätze der Kapitalertragsteuer, in Lechner/Staringer/Tumpel (Hrsg) Kapitalertragsteuer (2003) in Druck

Univ.Prof. Dr. Markus Achatz

LISTE DER VERÖFFENTLICHUNGEN

(Stand Mai 2003)

---

I. Monographien, Kommentare und selbstständige Publikationen

- Sachleistungen an Arbeitnehmer in umsatzsteuerlicher Sicht, Wien 1985, 168 Seiten (gemeinsam mit Ruppe).
- Die Rechtsprechung des VwGH in Abgabensachen: Eine inhaltliche und formale Analyse für die Jahre 1979 - 1985, Wien 1987, 210 Seiten (gemeinsam mit Kamper/Ruppe).
- Umsatzsteuer und Schadenersatz, Habilitationsschrift, Wien 1992, 336 Seiten.
- Die neue Mehrwertsteuer. Ein kurzer, praktischer Leitfaden; Wien 1995, 56 Seiten.
- Die Besteuerung der Körperschaften öffentlichen Rechts, Wien 1995, 189 Seiten (gemeinsam mit Roman Leitner).
- Betriebsgründung – Steuerrecht für Jungunternehmer, Wien 1997, 88 Seiten.
- Körperschaften öffentlichen Rechts und ihre Privatisierung im Steuerrecht, 2. Auflage, Wien 2001, 295 Seiten (gemeinsam mit Roman Leitner).

- Abfertigung neu, Kommentar, Wien 2003, 263 Seiten (gemeinsam mit Theodor Tomandl und Wolfgang Mazal)

## II. Herausgabe von Sammelwerken

- Praxisfragen zum UStG 1994, Wien 1995, 276 Seiten.
- Praxisfragen zum Binnenmarkt, Wien 1997, 148 Seiten.
- Aktuelle Probleme im Grenzbereich von Arbeits-, Unternehmens- und Steuerrecht, Wien 1998, 184 Seiten.
  
- Umsatzsteuer in der Insolvenz, Wien 1998, 159 Seiten.
  
- Eigenkapitalersatz im Gesellschafts-, Steuer- und Arbeitsrecht, Wien 1999, 110 Seiten.
- Privatisierung im Europarecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht und Sozialrecht, Wien 1999, 128 Seiten.
- Die Besteuerung der Non-Profit-Organisationen, Wien 2000, 304 Seiten.
  
- Aktuelle Rechtsfragen des Fußballsports (gemeinsam mit Prof. Karollus, Prof. Jabornegg), Wien 2000, 110 Seiten.
  - Aktuelle Rechtsfragen des Fußballsports II (gemeinsam mit Prof. Karollus, Prof. Jabornegg), Wien 2001, 139 Seiten.
  - Die Besteuerung von Non-Profit-Organisationen II, Wien 2001, 279 Seiten.
  - EuGH-Rechtsprechung und Umsatzsteuerpraxis (gemeinsam mit Prof. Tumpel), Wien 2001, 204 Seiten.
  - Mitarbeiterbeteiligung – Aktienoptionen (gemeinsam mit Prof. Jabornegg und Prof. Resch), Linz 2002, 93 Seiten.
  - Die Besteuerung von Non-Profit-Organisationen III, Wien 2002, 247 Seiten.
  - Umsatzsteuer im elektronischen Zeitalter (gemeinsam mit Prof. Tumpel, Wien 2002, 143 Seiten.
  - Aktuelle Rechtsfragen des Fußballsports III (gemeinsam mit Prof. Karollus, Prof. Jabornegg), Wien 2003, 156 Seiten.

### III. Wissenschaftliche Beiträge in Sammelwerken

- Die Einkünfte der Assistenten und deren Besteuerung, in: Fraydenegg (Hrsg), Handbuch der Assistenten der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 1985, S 42 - 81.
- Verdeckte Gewinnausschüttungen - Verdeckte Einlagen, in: Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg), Die Kapitalgesellschaft nach der Steuerreform, Wien 1989, S 125 - 151 (gemeinsam mit Paukowitsch).
- Finanzausgleichstheoretische Überlegungen zur Operationalisierung der Finanzkraft, in: Smekal/Theurl (Hrsg), Finanzkraft und Finanzbedarf von Gebietskörperschaften, Wien/Köln/Graz 1990, S 21 - 35.
- Typisierung der Finanzkraft der Gemeinden im österreichischen Gemeindefinanzausgleichssystem in: Smekal/Theurl (Hrsg), aaO, S 60 - 80.
- Finanzausgleichstheoretische Überlegungen zum Finanzbedarf, in: Smekal/Theurl (Hrsg), aaO, S 174 - 198.
- Die positivrechtliche Analyse des Finanzkraft-Finanzbedarfsausgleiches im österreichischen Gemeindefinanzausgleich, in: Smekal/Theurl, aaO, S 219 - 254.
- Die steuerrechtliche Situation von Sozialinitiativen, in: Löschnigg/Scheipl, Sozialinitiativen, Rechtliche Rahmenbedingungen und sozialpädagogische Aspekte, Wien 1990, S 145 - 173.
- Zuschreibungen - offene Rechtsprobleme und Gestaltungsmöglichkeiten, in: Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg), Praxisfragen der Bilanzierung, Wien 1991, S 181 - 205.

- Rechnungslegungsgesetz und Bilanzsteuerrecht, in: Bertl/Mandl (Hrsg), Handbuch zum RLG, Wien 1991 und 8. Lieferung 1999 (Loseblattausgabe), A V (42 Seiten) gemeinsam mit Heidinger (†).
- Bildung und Funktion der Bewertungsreserve, in: Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg), Rechnungslegung für Klein- und Mittelbetriebe, Wien 1992, S 45 - 74.
- Umweltrisiken in Handels- und Steuerbilanz, in: Kirchhof (Hrsg), Umweltschutz im Abgaben- und Steuerrecht, Köln, 1993, S 161 - 196.
- Zweifelsfragen der Endbesteuerung, in: Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg), Steuerreform 1993, Wien 1994, S 129 - 153.
- Zur Endbesteuerung von Zinsen aus der Sicht von Körperschaften, in: Bertl, Praxis und Zukunft der Unternehmensbesteuerung (Festschrift für Gerald Heidinger), Wien 1995, S 79 - 91.
- Aktuelle Entwicklungstendenzen für das Kärntner Landesabgabenrecht, in Rebhahn, Beiträge zum Kärntner Landesrecht, Wien 1995, S 205 - 227.
- Die richtlinienkonforme Auslegung des UStG 1994, in: Achatz, Praxisfragen zum UStG 1994, Wien 1995, S 237 - 269.
- Die rechtsstaatlichen Grenzen der Anzeigen von Strafdelikten und sonstigen Übertretungen durch Abgabenbehörden und die Rechtsfolgen gesetzwidrig erstatteter Anzeigen, in: Leitner (Hrsg), Aktuelles zum Finanzstrafrecht, Wien 1996, S 9 - 28.
- Die Ausgliederung von gewerblichen Unternehmen der Körperschaften öffentlichen Rechts, Amt der Kärntner Landesregierung 1996, S 63 - 84.

- Aufzeichnungspflichten, Nachweispflichten und buchmäßiger Nachweis im Binnenmarkt, in: Achatz, Praxisfragen im Umsatzsteuerbinnenmarkt, Wien 1997, S 33 - 60 (gemeinsam mit Thomas Gaigg).
- Reihengeschäfte, in: Achatz, Praxisfragen im Umsatzsteuerbinnenmarkt, Wien 1997, S 61 - 75.
- Die Verjährung im Abgabeverfahren und im Finanzstrafverfahren, in: Leitner, Aktuelles zum Finanzstrafrecht, Wien 1998, S 75 - 100
- Die Rechtsfolgen der Insolvenz im Umsatzsteuerrecht, in: Achatz: Umsatzsteuer und Insolvenz, Wien 1998, S 1 - 18.
- Die steuerliche Behandlung von Verlusten bei Körperschaften, cahiers de droit fiscal international, Band 83 a, IFA-Landesbericht 1998, S 293 – 318.
- Umsatzsteuer in der Insolvenz, in: Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg), Insolvenz, Sanierung, Liquidation, Wien 1998, S 215 – 232.
- Eigenkapitalersatz im Ertragsteuerrecht, in: Achatz/Jabornegg/Karollus (Hrsg), Eigenkapitalersatz im Gesellschafts-, Steuer- und Arbeitsrecht, Wien 1999, S 91 - 110.
- Taxation of non-profit organizations, cahiers de droit fiscal international, Band 84 a, IFA-Landesbericht 1999, S 251 – 281 (gemeinsam mit Dr. Roman Leitner).
- Steuerliche Rahmenbedingungen der Ausgliederung, Privatisierung und Beileihung, in: Achatz/Isak/Marhold (Hrsg), Privatisierung im Europarecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht und Sozialrecht, Wien 1999, S 89 - 124.

- Nachweispflichten in materiellen Steuergesetzen, in: Leitner (Hrsg), Aktuelles zum Finanzstrafrecht, Wien 2000, S 9 – 30.
- Die Betriebsstiftung – Zu den ertragsteuerlichen Konsequenzen von Einlagen und Zuwendungen am Praxisfall einer Forschungsstiftung, in: Bergmann (Hrsg), Praxisfragen zum Körperschaftsteuerrecht, FS Werilly, Wien 2000, S 1 – 16 (gemeinsam mit Reinhard Leitner).
- Das System der Ertragsbesteuerung von Non-Profit-Organisationen, in: Achatz (Hrsg), Die Besteuerung der Non-Profit-Organisationen, Wien 2000, S 23 – 48.
- Die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit nach den Vorschriften der BAO – System und aktuelle Entwicklungen aus der Sicht der Finanzverwaltung, gemeinsam mit Dr. Wolfgang Schneider, in: Achatz (Hrsg), Die Besteuerung der Non-Profit-Organisationen, Wien 2000, S 49 – 60.
- Das System der Umsatzbesteuerung von Non-Profit-Organisationen, in: Achatz (Hrsg), Die Besteuerung der Non-Profit-Organisationen, Wien 2000, S 151 - 180.
- Steuerliche Aspekte des Einsatzes von PPP-Modellen in der Siedlungswasserwirtschaft, Schriftenreihe des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbandes, Heft 143, Organisationsformen der Siedlungswasserwirtschaft im Vergleich, Wien 2001, S 63 – 80 (gemeinsam mit Manfred Schima).
- Fußballvereine und Fußballkapitalgesellschaften – Steuerrechtliche Aspekte in: Karollus/Achatz/Jabornegg (Hrsg), Aktuelle Rechtsfragen des Fußballsports II, Linz 2001, S 91 – 132.
- Umfang und Grenzen der Offenlegung im Abgabenverfahren in: Leitner/Zitta (Hrsg), Die Darlegung der Verfehlung bei der Selbstanzeige nach dem FinStrG, Wien 2001, 21 – 45.

- Die Voraussetzungen für die Begünstigung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke in: Achatz (Hrsg), Die Besteuerung der Non-Profit-Organisationen II, Wien 2001, 25 – 49.
- Rechtsfolgen der Gemeinnützigkeit im Körperschaftsteuerrecht in: Achatz (Hrsg), Die Besteuerung der Non-Profit-Organisationen II, Wien 2001, 77 – 92.
- Der Vorrang des Gemeinschaftsrechtes im Umsatzsteuerrecht – Materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Grundlagen in Achatz/Tumpel (Hrsg), EuGH-Rechtsprechung und Umsatzsteuerpraxis, Wien 2001, 21 – 46.
- Beweisverbote im Abgabenrecht in Leitner (Hrsg), Aktuelles zum Finanzstrafrecht, Linz 2002, S 9 – 29.
- Die gemeinnützige Stiftung im Abgabenrecht, Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg), Stiftungen und Gemeinnützigkeit, Wien 2002, S 53 – 62.
- Mitarbeiterbeteiligungen aus steuerlicher Sicht in Achatz/Jabornegg/Resch (Hrsg), Mitarbeiterbeteiligung – Aktienoptionen, Linz 2002, S 33 – 65.
- Mitarbeiterkapitalbeteiligungen aus steuerlicher Sicht in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe (Hrsg), Moderne Mitarbeiterentlohnung, Graz 2002, S 139 – 157.
- Haftung für fehlerhafte Rechtsauskünfte im Steuerrecht, in: Holoubek/Lang (Hrsg), Organhaftung und Staatshaftung in Steuersachen, Linde Wien 2002, S 197 – 246 (gemeinsam mit Georg Kofler).
- Ertragsteuern in Sanierung und Insolvenz von Körperschaften, in: Feldbauer-Durstmüller/Schlager (Hrsg), Krisenmanagement – Sanierung – Insolvenz, Line Verlag Wien 2002, S 823 – 895 (gemeinsam mit Georg Kofler).

- Grenzüberschreitende Werklieferungen und sonstige Werkleistungen – Praxisprobleme in Österreich, im Umsatzsteuer-Kongress-Bericht, Köln 2002, 155 – 169.
- Änderungen der Umsatzbesteuerung durch die E-Commerce-Richtlinie, in: Achatz/Tumpel, Umsatzsteuer im elektronischen Zeitalter, Wien 2002, 47 – 65.
- Steuerrechtliche Aspekte von Ausgliederungen, in: Duschanek (Hrsg), Beiträge zur Ausgliederungsdiskussion, Wien 2002, 113 – 132.
- Ertragsteuerliche Rahmenbedingungen für die Risikofinanzierung in Österreich in: Kofler/Polster-Grüll (Hrsg), Private Equity und Venture Capital, Wien 2003, 429 - 472

#### IV. Wissenschaftliche Aufsätze

- Das neue Zustellrecht, NZ 1983, S 113 - 126.
- Bewertung im Steuerrecht - Steuerbilanz, Einheitsbewertung und Einzelsteuern. Ein Bericht über die Salzburger Tagung der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft, ÖStZ 1984, S 90 - 95, S 104 - 108.
- Ehegattenschenkungen und ihre "Begünstigung" durch das AbgÄG 1985, NZ 1986, S 245 - 255.
- Grundfragen des Lohnsteuerrechts. Ein Bericht zur Tagung der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft und Stellungnahme aus österreichischer Sicht, ÖStZ 1986, S 139 - 142.

- MWSt-Berichtigung bei Zahlungsunfähigkeit. Überlegungen aus Anlaß des VwGH-Erk 12.05.1986, 85/15/338, zu persönlichen Haftungen Dritter, WBI 1987, S 205 - 211.
- Die österreichische Steuerrechtsordnung vor dem Hintergrund der EMRK, ÖStZ 1988, S 250 - 255.
- Das Auskunftspflichtgesetz. Rechtsnatur und Rechtswirkungen von behördlichen Auskünften insbesondere im Steuerrecht, NZ 1988, S 209 - 220.
- Die Behandlung von Grund und Boden beim Wechsel der Gewinnermittlungsart nach dem EStG 1988, NZ 1989, S 113 - 118 = RdW 1990, S 57 - 62.
- Dividenden an ausländische Körperschaften steuerpflichtig? Bemerkungen zum BMF-Erlaß AÖF 1989/142, WBI 1989, S 208 - 211.
- Die Kündigung des Ergebnisabführungsvertrages: Missbrauch? RdW 1989, S 314 - 316.
- Steuerfreie Kapitalerträge und KEST, insbesondere bei beschränkter Steuerpflicht, ÖStZ 1989, S 252 - 260.
- Nochmals: KEST-Anrechnung und Veranlagungsfreigrenze - Kritische Stellungnahme zum Beitrag Lattner/Herzog (BMF), RdW 1990, S 296 - 299.
- Umsatzsteuerliche Fragen beim entgeltlichen Fruchtgenuß an bebauten Grundstücken, NZ 1990, S 161 - 164.
- Die schadenersatzrechtlichen Konsequenzen eines fehlerhaften LSt-Abzugs, ZAS 1990, S 124 - 131.

- Lohnnachzahlungen an ausgeschiedene Arbeitnehmer - Überlegungen zu § 67 Abs 8 EStG, RdW 1990, S 358 - 361.
- Zuschreibungen in der Handelsbilanz, RWZ 1992, S 75 - 79.
- Aktuelle bilanzsteuerliche Probleme aus Sicht von Wissenschaft und Praxis, RWZ 1992, S 258 - 262.
- Die Jubiläumsgeldrückstellung in der Steuerbilanz, RdW 1992, S 319 - 321.
- Unsicherheiten im Bereich der Auslegung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes, RWZ 1992, S 300 - 304.
- EWR-Abkommen und Steuerrecht, SWI 1993, S 23 - 29.
- Zinsenendbesteuerung in Österreich, Chancen und Risiken für ausländische Kapitalanleger, IWB 1993, Fach 5 Gruppe 2, S 273 - 278 (gemeinsam mit Roman Leitner).
- Endbesteuerung von Aktienwerten, GesRZ 1993, S 221 - 224.
- Zur Rückübertragung ausländischer Stiftungen an österreichische Privatstiftungen, SWI 1994, S 91 - 93.
- Gebietskörperschaften und EU-Umsatzsteuer, ÖGZ 1995/4, S 12 - 17 (gemeinsam mit Roman Leitner).
- Verkehrsteuerliche Folgen der Schenkung von Gesellschaftsanteilen unter Fruchtgenußvorbehalt, GesRZ 1995, S 81 - 87.

- Schenkung von GmbH-Anteilen unter Fruchtgenußvorbehalt, SWK 1995 A 731 - 735 (gemeinsam mit Christoph Szep).
- Vorsteuerabzug: Anzahlung für Grundstückslieferungen, RdW 1997, S 163 – 165.
- Entgelt von dritter Seite am Beispiel der Beförderung von Kindergartenkindern, SWK 1997, S 277 – 280.
- Umsatzsteuerliche Folgen der Schadensbehebung an Leasingfahrzeugen, ÖStZ 1997, S 345 – 351.
- EU-Konformität der Fremdenverkehrsabgaben - Eine Analyse zur Art 33 der 6. MwSt-RL, SWK 1997, S 516 – 524.
- Private Altersvorsorge durch den Abschluß von Lebensversicherungen - europa- und steuerrechtliche Aspekte, VR 7-8, 1998, S 115 – 121.
- Steuerliche Behandlung von Gruppenpraxen, OÖ Ärzte 1998, S 7 – 8.
- Ordre public, Unionsrecht und Steuerrecht, JBl 1999, Heft 6, S 403 – 407 (gemeinsam mit Prof. Burgstaller).
- Rundfunk-Steuer aber wie?, Kommunal 1999, S 12 – 16 (gemeinsam mit MMag. Weiermayer).
- Mehrfachgeschäftsführung im Konzernverbund – Assumption of executive management positions within a group of companies, SWI 1999, S 446 – 450.
- Die Auswahl von Besteuerungsgegenständen – verfassungsrechtliche Aspekte, ÖStZ 2002, S 534 – 538.

- Immobilien – (Kautions-) Leasing und Umsatzsteuer, RFG 2003, 4 – 8.

## V. Ständige Mitarbeit in Fachzeitschriften

- Schriftleitung der im Manz-Verlag 4x jährlich erscheinenden Fachzeitschrift Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden (RFG)